



Zwei Jahre Corona: Pandemie steigert Baukosten

- **Baufirmen müssen Corona-bedingte Mehrkosten oftmals alleine schultern**
- **Erstattung Voraussetzung für partnerschaftliches Bauen**

Die Bauwirtschaft kämpft weiterhin mit den Auswirkungen der Corona-Krise: Neben Personalausfall und Verwerfungen auf den Rohstoffmärkten muss die Branche ihre Arbeit auf Baustellen und in der Verwaltung Corona-gerecht neu strukturieren. Eine aktuelle Umfrage des Bauindustrieverbandes Ost e. V. (BIVO) zeigt den hohen administrativen, zeitlichen und finanziellen Aufwand auf.

Knapp 80 Prozent der bauindustriellen Unternehmen schätzen den Aufwand der Corona-gerechten Einrichtung ihrer Baustellen und Büros als „hoch“ bis „sehr hoch“ ein. Drei von vier Baufirmen berichten sogar von „gestiegenen“ bis „stark gestiegenen“ Mehrkosten im Laufe der Pandemie. Neben den finanziellen Ausgaben für die Testung und Maskenbeschaffung bilden insbesondere die Anschaffung von zusätzlichen Bau- und Unterbringungscontainern sowie Sanitäreinrichtungen Kostenschwerpunkte. **BIVO-Hauptgeschäftsführer Dr. Robert Momberg** erläutert beispielhaft: „Auf einer Baustelle mit 20 Beschäftigten werden zwei weitere Unterbringungscontainer aufgrund der Halbierung der Belegung benötigt. Zusätzlich müssen die Reinigungsintervalle erhöht werden. Auf das Jahr hochgerechnet ergibt das annähernd 20.000 Euro allein für diesen Kostenpunkt für eine einzige Baustelle an Mehrkosten.“

Während Bund und Länder die Corona-bedingten Mehrkosten auf Rechnungslegung erstatten, müssen Baufirmen bei privaten und kommunalen Aufträgen die finanzielle Last weitestgehend allein tragen: Über 90 Prozent der BIVO-Mitgliedsunternehmen gaben an, dass Kommunen und private Auftraggeber Corona-bedingte Mehrkosten nur „im geringen Maße“ bis „gar nicht“ erstatten. Darüber hinaus empfinden über 70 Prozent der befragten Unternehmen die Erstattung der Kosten für Projekte des Bundes und der Länder als bürokratiebeladen und schwer.

„Angesichts der einseitigen Kostenverlagerung auf Bauunternehmen, muss mit Blick in die Zukunft eine partnerschaftliche Lösung gefunden werden. Die flächendeckende Anwendung der Erstattungsregelung des Bundes wäre so auch für kommunale Baumaßnahmen sinnvoll und angebracht.“, fordert Dr. Robert Momberg abschließend.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 24. Februar 2022